



Rede im Plenum

Landesregierung fährt Zickzackkurs

Bei der Plenardebatte über die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung in der vergangenen Woche habe ich für die CDU-Landtagsfraktion gesprochen.

Die Landesregierung hat einen peinlichen Zickzackkurs hingelegt. Ließ Innenminister Jäger früher keine Gelegenheit aus, um die Bundesregierung lautstark zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung aufzufordern, so verstummte er, als sein Parteigenosse Heiko Maas Bundesjustizminister wurde. Als der Landtag sich Ende Januar 2015 mit der Thematik befasste, verpasste Ministerpräsidentin Kraft ihrem Innenminister gar einen Maulkorb. Nachdem auch Herr Maas endlich erkannt hat, dass die Vorratsdatenspeicherung ein unverzichtbares Ermittlungswerkzeug zur Bekämpfung der Kinderpornografie und anderer schwerer Straftaten ist, durfte in der vergangenen Woche wieder Herr Jäger das Wort ergreifen und die Wiedereinführung im Namen der Landesregierung begrüßen. Gut, dass dieses unwürdige Possenspiel ein Ende hat. Die langjährige Forderung von CDU und CSU nach einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung wird endlich umgesetzt. Meine Rede: <http://kurzlink.de/GGplenum>.

Besuch in Düsseldorf

GdP Erftkreis im Landtag NRW



Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP) aus dem Rhein-Erft-Kreis haben mich im Düsseldorfer Parlamentsgebäude besucht und meine Rede im Plenum verfolgt.

Kreisgruppenvorsitzender Thomas Stotzem hatte die Zusammenkunft koordiniert. Gemeinsam mit den Polizisten habe ich eine Stunde lang über die personellen Engpässe bei der Polizei, die Zukunft der Kreispolizeibehörden, das Pass- und Meldewesen, die steigende Anzahl von Angriffen auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte diskutiert sowie über die Vorratsdatenspeicherung. Die Polizisten aus dem Kreis verfolgten die Debatte auch von der Tribüne aus. Ich habe mich sehr über den Besuch der Polizeibeamten aus der Heimat gefreut. Mehr: <http://kurzlink.de/GG150504>.

Anti-Terror-Kampf

Reisebewegungen von Islamisten einschränken

Der Deutsche Bundestag hat beschlossen, die Ausreise von Islamisten zur Teilnahme an Kriegen unter Strafe zu stellen.

In der Vergangenheit sind den Behörden bekannte Salafisten ungehindert aus Deutschland z.B. nach Syrien ausgereist und wieder nach Deutschland zurückgekehrt; so auch in unserem Bundesland. Nun frage ich die Landesregierung, wie viele Aus- und Einreisen von als gefährlich eingestuften Islamisten aus Nordrhein-Westfalen ab 2011 verhindert wurden und wie die Verfahren in diesen Fällen abgelaufen sind. Zudem möchte ich die Akzeptanz der Landesregierung für die neue Bundesgesetzgebung wissen: Wie steht Rot-Grün zu einer grundsätzlichen Verhinderung der Aus- und Einreise von bekannten Salafisten? Mehr: <http://kurzlink.de/GG150430>.